

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 18 (1938-1939)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Die schwedische Sozialdemokratie  
**Autor:** Rück, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-333465>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Staates miteinander in Widerspruch geraten. Eingriffe in die persönliche Freiheit müssen in der Schweiz unbedingt abgelehnt werden. Diese selbstverständliche Haltung ist im Vortrag des Bundesrats Dr. Etter nicht immer zweifelsfrei hervorgetreten. Der katholische Standpunkt zur Geburtenregelung kann aber nicht für die ganze Schweiz maßgebend sein. Wir müssen es zum Beispiel ablehnen, öffentliche Angestellte zur Ehe und Vaterschaft zwingen zu wollen, wie es in den von Dr. Etter angeschwärmten Diktaturstaaten geschieht. Wir wenden uns voll Abscheu dagegen, daß aus staats- oder wehrpolitischen Gründen unreife junge Leute zum Geschlechtsgenuß aufgereizt und Müttern von 13 und 14 Jahren Kränze gewunden werden. Die Zeugung von Kindern ist eine höchstpersönliche Angelegenheit. In einem gesunden Volk werden die Erfahrungen der Kinderlosen, die einsam altern und oft nicht wissen, wofür sie gelebt und gearbeitet haben, der Wille der Frau zum Kinde und Vaterfreude und Vaterstolz die Geburtenzahl auf einer wünschenswerten Höhe halten. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, allen Volksschichten die Aufzucht von Kindern mit allen erdenklichen Mitteln zu erleichtern, vom Ehebett wollen wir ihn aber ferngehalten wissen. Schließlich ist es wirklich eine wichtigere Aufgabe, sich um die Lebenden als um die Ungeborenen zu kümmern. Man führe eine vernünftige Wirtschaftsplanung durch, die Zehntausende zeugungsfähiger Schweizer dauernd vom Fluche der Arbeitslosigkeit, der Lebensangst und der wirtschaftlichen Unsicherheit befreit, dann werden die Schweizer Frauen nicht mehr vor jeder Schwangerschaft zittern und zagen, dann wird sich der wahre Kindersegen in vernünftigen Grenzen bei uns von selbst wieder einstellen.

---

## Die schwedische Sozialdemokratie

Von F r i t z R ü c k

Die Industrialisierung Schwedens schuf die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für die Entwicklung der schwedischen Arbeiterbewegung. Die Anfänge waren schwer und mühsam, wie überall. Bei den ökonomischen Kämpfen um die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen stießen die Gewerkschaften nicht nur auf die gesammelte Macht der Unternehmer, sondern auch auf die Unterdrückungsmaßnahmen und die Polizei- und Militärgewalt des Staates. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bildete sich in Schweden sehr früh heraus, durch die Kollektivmitgliedschaft vieler Gewerkschaftssektionen in der politischen Partei beschränkte sie sich nicht nur auf die Zusammenarbeit der Spitzenorganisationen und Leitungen, sondern erhielt ihre breite Fundierung von unten herauf. Der Kampf für soziale und politische Reformen wurde gemeinsam geführt. Bereits in der Kampfperiode der schwedischen Arbeiterbewegung machte sich eine nüchterne, realistische Einstellung auf praktische, erreichbare Ziele bemerkbar, ob-

wohl die sozialistische Zielrichtung unbestritten war. Außenpolitisch sind es vor allem die Ereignisse in Rußland und Deutschland, die bis zum Weltkriege großen Einfluß auf die schwedische Entwicklung ausüben, wie in Deutschland ist auch in Schweden nach der russischen Revolution von 1905/06 eine gewisse Radikalisierung festzustellen, die sich in Deutschland in theoretischen Diskussionen und den Wahlrechtsdemonstrationen äußerte, in Schweden dagegen in dem Großstreik des Jahres 1909 gipfelte, der mit einer empfindlichen Niederlage abschloß und die Periode der »direkten Aktion« im wesentlichen beendete. Daß dies so kam, dazu trug der Ausbruch des europäischen Krieges im Sommer 1914 wesentlich bei, er beendete eine Situation der politischen Zuspitzung und eines scharfen Verfassungskampfes, in den auch die Krone einbezogen war und in der von beiden Seiten außerparlamentarische Machtmittel aufgeboten wurden, mit einem vorläufigen Waffenstillstand. Sowohl in der Wahl des Zeitpunktes wie durch die Form des Kampfabbruchs bewies Hjalmar Branting, der anerkannte politische Führer der schwedischen Arbeiterbewegung, daß er auch ein großer Staatsmann und ein guter Schwede war.

Der spätere Uebergang zu einer im wesentlichen friedlichen und allmählichen Verfassungsrevision im Geiste der Demokratie wurde durch den Abschluß des Burgfriedens wesentlich erleichtert. Das wesentliche Ziel des innerpolitischen Burgfriedens war die Erhaltung der schwedischen Neutralität, und da diese durch die Politik der regierenden Konservativen durchaus nicht gesichert war, sondern wiederholt ernsthaft bedroht wurde — einige einflußreiche Cliques des schwedischen Bürgertums wollten die Beteiligung am Kriege an der Seite Deutschlands erzwingen —, wurde die Wiederaufnahme des innerpolitischen Kampfes während des Krieges zu einer nationalen Frage im Interesse des ganzen Landes. Die abenteuerliche Außenpolitik der Reaktion, die im Innern als Folge der Sperrmaßnahmen der Ententemächte zu einer gewaltigen Teuerung, zu Lebensmittelmangel und sozialen Zuspitzungen führte, gab den Ausgangspunkt zum Zusammengehen der Liberalen und Sozialdemokraten im Jahre 1917, und da nach dem Ausbruch der russischen Revolution auch der in Schweden immer besonders wirksame Russenschreck seine Wirkung verlor und die herrschenden Klassen aller Länder einen mächtigen Schock bekamen, wurde die Macht der koalitierten Konservativen und Bauern gebrochen. Am 19. Oktober 1917 wurde in Schweden die erste sozialdemokratisch-liberale Koalitionsregierung gebildet. Unter dem Einfluß der internationalen Entwicklung und der Zuspitzung der Klassenverhältnisse in Schweden selbst während des Krieges erfolgte 1917 eine Abspaltung der Linken von der sozialdemokratischen Partei, die zur Bildung einer zweiten, linkssozialistischen Partei führte.

Die Revolution in Deutschland und die Wirkungen der durch den Krieg hervorgerufenen Krise brachten Ende des Jahres 1918 und Anfang 1919 auch in Schweden die politischen Gegensätze zur Reife. Die Linkssozialisten forderten den Kampf für ein Maximalprogramm, Abschaffung der ersten Kammer, Absetzung des Königs, Sozialisierungsmaß-

nahmen, Bildung von Arbeiterräten, das herrschende Regime sollte durch einen Massenstreik und andere scharfe antiparlamentarische Kampfmittel gestürzt werden.

Auch in der sozialdemokratischen Partei gab es Stimmungen für die Durchführung einer Revolution. Branting ging den anderen Weg und setzte es durch, daß ihm die Partei darin folgte. Er stellte ein demokratisches Reformprogramm mit einer Reihe von Minimalforderungen auf, für die nun der Kampf mit legalen Mitteln geführt wurde. Nach einigem Schwanken zeigte sich die Reaktion und die Krone bereit, den Weg der Verfassungsrevision zu gehen und obwohl nicht alle Forderungen des Brantingschen Reformprogramms erfüllt wurden, gelang es, einige der wichtigsten Bestimmungen der Verfassung im demokratischen Sinne zu ändern und so für den weiteren politischen und sozialen Kampf der Arbeiterschaft eine günstige Basis zu schaffen.

Wenn man heute rückblickend diese für die Entwicklung in Schweden so entscheidende Zeitspanne und ihre Ergebnisse überblickt, muß man unumwunden feststellen, *daß die maßvolle Realpolitik Brantings dem Lande einen Bürgerkrieg erspart hat*, dessen Ausgang durchaus unsicher war und anderseits dem weiteren Aufstieg der schwedischen Arbeiterklasse keine Hindernisse in den Weg legte. Der Kampf um ein Maximalprogramm hätte nicht nur das gesamte Bürgertum, sondern auch die Bauern und den überwiegenden Teil des Mittelstandes auf der anderen Seite der Barrikaden gefunden und selbst wenn man vorübergehend die Macht hätte erobern können — was durchaus nicht ausgeschlossen gewesen wäre —, wäre ein empfindlicher Rückschlag nicht ausgeblieben. Was ein Bürgerkrieg bei der Zähigkeit und Hartnäckigkeit, mit der man in den skandinavischen Ländern derartige Dinge abzumachen pflegt, für das ganze Land bedeutet hätte, ist gar nicht abzusehen.

Auf der anderen Seite hat natürlich der Verzicht auf eine durchgreifende Umwälzung in einem Moment, wo die Chancen sehr günstig standen, manchen alten Zopf hängen und manche Hemmung im Räderwerk der demokratischen Maschinerie bestehen lassen — aber gerade die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, daß man allmählich auch solche Zöpfe abschneiden und derartige Hemmungen entfernen kann. Die Gestalt Hjalmar Brantings ist in Schweden längst über das Niveau der früheren taktischen Gegensätze hinausgewachsen, bei seinem Tode erwies ihm nicht nur die gesamte Arbeiterschaft aller Richtungen, sondern auch das Bürgertum die Ehre als einem der größten Politiker des Landes und unter dem Walde von roten Fahnen, die der Trauerfeier Relief und Farbe gaben, saß auch König Gustav von Schweden — er hatte inzwischen erkannt, daß die Zeit für eine selbständige politische Rolle des Königs und der Monarchie in Schweden vorbei sei und hat nie wieder einen Versuch gemacht, über den konstitutionellen Rahmen hinauszutreten.

Ein Kennzeichen der Entwicklung ist es auch, daß einer der führenden Gegenspieler Brantings in der Krise 1917/19 und Führer der Linksozialisten, Z. Höglund, die Biographie Brantings schrieb und heute

Chefredakteur des sozialdemokratischen Regierungsorgans ist, wie sich überhaupt die meisten der führenden Linksozialisten und Kommunisten wieder in den Reihen der sozialdemokratischen Partei befinden, deren im Landesmaßstabe führender Kern samt den regierenden Männern sich allerdings aus den engeren Schülern und Mitkämpfern Brantings rekrutieren.

In diesem Zusammenhang soll noch darauf hingewiesen werden, daß die schwedische Sozialdemokratie den Uebertritt des größten Teiles des Jugendverbandes zu den Linksozialisten — die Jugend und ihre Führer waren wie fast überall der Kern der Opposition bei der Spaltung —, mit der Schaffung eines neuen Jugendverbandes im Jahre 1917 beantwortet hat. Dieser sozialdemokratische Jugendverband zählte bei seiner Gründung etwa 5000 Mitglieder und ist gegenwärtig mit seinen 110 000 Mitgliedern der Stolz und die Zukunftshoffnung der Partei. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens mustert zur Zeit 375 000 Mitglieder und die der L. O., der Landesorganisation der Gewerkschaften, angeschlossenen Gewerkschaften zählen 750 000 Mitglieder. Die schwedische Arbeiterbewegung ist zu einer entscheidenden Macht im Lande geworden und wie sie diese Macht besonders in der letzten Periode ihrer Regierungspolitik ausnutzt, wie sie es vor allem verstanden hat, in einer Zeit der Herrschaft der Reaktion und des Faschismus in Europa die politische Demokratie durch tiefgreifende Reformen zur sozialen Demokratie umzubauen, das hat ihr überall größte Bewunderung eingebracht und diese Seite der schwedischen Entwicklung ist es auch vor allem, die von den verschiedensten ausländischen Besuchern studiert wird. Wir wollen daher das wechselvolle Auf und Ab der Periode zwischen 1919 und 1932 nicht näher schildern, sondern zu einer Darstellung der Krisenpolitik und der sozialen Reformen der letzten Jahre übergehen, wobei uns besonders auch die Zusammenarbeit zwischen Arbeiterpartei und Bauernpartei beschäftigen soll.

Die Entwicklung der schwedischen Industrie nach dem Weltkriege erhöhte die Krisenempfindlichkeit der schwedischen Wirtschaft. Zu der Ausweitung des Produktionsapparates trat in den Jahren zwischen 1920 und 1930 die besonders in der Werkstatt- und Exportindustrie durchgeführte starke Rationalisierung, die ihren Anstoß sowohl von der Verschärfung der internationalen Konkurrenz wie von der Erhöhung des Lebensstandards und der Löhne in Schweden selbst erhielt. Das Jahr 1929 bezeichnete den Höhepunkt der Konjunktur, wobei es allerdings von Interesse ist, festzustellen, daß der Heimatmarkt auf Kosten des Exports bereits eine größere Rolle zu spielen begann. Als im Herbst 1929 der internationale Konjunkturrückschlag einsetzte, war man in schwedischen Wirtschaftskreisen zunächst noch sehr optimistisch; aber im Laufe des Jahres 1930 begann sich die Krise auszuwirken und die Arbeitslosenzahlen stiegen bald erheblich an. Schweden hatte keine allgemeine Arbeitslosenversicherung, und die liberale Regierung handelte nach dem Rezept, daß der Staat in schlechten Zeiten, die seine Steuereingänge herabmindern, sparen müsse. Man trieb also ausge-



sprochen Deflationspolitik, für die u. a. bezeichnend ist, daß der Finanzminister an die Gemeinde- und Provinzvertretungen ein Rundschreiben richtete, in welchem er die Behörden aufforderte, in einer solchen Zeit keine neuen öffentlichen Arbeiten auszuführen. Die Sozialdemokratie stand in scharfer Opposition gegen die Regierung. Sie forderte die Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiterschaft und die Erweiterung der öffentlichen Arbeiten.

Der große Krach des Kreugerkonzerns im Jahre 1931, der einen deutlichen Anschauungsunterricht über die Folgen großkapitalistischer Ueberspekulation brachte, verschärfte die Krise noch mehr. Der Herabsetzung des englischen Pfundkurses schlossen sich die skandinavischen Länder und mit ihnen auch Schweden an, ohne daß dies für den Augenblick eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung bedeutet hätte. Es zeigte sich, daß allein Währungsmanipulationen ohne eine entsprechend ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik die Krisenerscheinungen und die Krise selbst weder beheben noch entscheidend abschwächen können. Mit einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm ging die Sozialdemokratie im Jahre 1932 in den Wahlkampf und erzielte einen solchen Sieg, daß die Bildung der Regierung nach den ungeschriebenen Gesetzen der Demokratie ihr übertragen werden mußte. Es ist wichtig, bei der Betrachtung der weiteren Entwicklung zu beachten, daß die Sozialdemokratie allein in der Zweiten Kammer des Reichstages keine Mehrheit hatte und daß die bürgerlichen Parteien und Bauern zusammen in der Ersten Kammer noch über eine starke Mehrheit verfügten.

Der Winter 1932 auf 1933 brachte eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise, zu gleicher Zeit spitzte sich die Agrarkrise zu einer Katastrophe für die Bauern zu.

Die Sozialdemokratie stand vor einer ernsten Entscheidung. Wie die meisten Arbeiterparteien, hatte auch sie bis zu diesem Zeitpunkt eine ausgesprochene Konsumentenpolitik betrieben, d. h. sie war für billige Preise eingetreten. Jetzt mußte die Lösung des Preisproblems anders angefaßt werden. Die sozialdemokratische Regierung erklärte offen, daß die Landwirtschaft ausreichende Preise für ihre Produkte erhalten müsse, aber dies sei nur möglich, wenn man durch eine Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter dafür Sorge, daß im eigenen Lande ein genügender Absatzmarkt für schwedische Lebensmittel garantiert werde. In Verhandlungen mit der schwedischen Bauernschaft, einer Partei, die in der Nachkriegszeit entstanden war und sich bisher gewöhnlich im Schlepptau der Konservativen befand, wurde die *Basis für eine Zusammenarbeit von Bauern und Arbeitern* geschaffen. Die Führer der Bauern begriffen, daß nur die Arbeitsbeschaffung und die verstärkte Kaufkraft der Arbeiterschaft eine Befestigung des Preisniveaus bewirken können. Sie akzeptierten daher im großen und ganzen das Arbeitsprogramm der Sozialdemokratie. Bevor wir dieses Arbeitsprogramm in seinen wichtigsten Zügen aufzeigen, wollen wir zunächst einen Blick auf die Maßnahmen werfen, die zur Hebung und Sicherung der Lage der Bauernschaft ergriffen worden sind.

Die Abwertung der schwedischen Krone hatte nicht verhindern

können, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte noch weiter sanken. Um den Ruin der Bauern zu verhindern, mußte man ein System von Stützungsmaßnahmen aufbauen, das in seinen wesentlichen Teilen auch nach der Krise, in der Zeit der industriellen Hochkonjunktur aufrechterhalten werden mußte, also heute noch besteht. Durch eine Regelung des Imports wurde der schwedische Innenmarkt für die schwedische Landwirtschaft reserviert. Die Hochhaltung der Preise wurde nicht nur durch die Abschließung vom importierenden Ausland erreicht, sondern auch durch Lagerung besonders von Getreide, das der Staat aufkaufte und für besondere Notzeiten reservierte. Dazu kam noch die Finanzierung eines gewissen Dumpings auf dem Weltmarkte, d. h. der Staat begünstigte durch die Gewährung von Exportprämien den Absatz von Lebensmitteln außerhalb Schwedens zu billigeren Preisen, als sie in der Heimat gewährt wurden. Dadurch konnten die Vorräte im Lande knapp gehalten, die Preise stabilisiert und in den Jahren des industriellen Aufschwungs sogar gesteigert werden. Gunnar Lange berechnet, daß durch diese Regelung der Landwirtschaft jährlich ein Mehreinkommen von ungefähr 300 000 000 Kronen verschafft wurde.

Finanziert wurde diese Exportstützung und die Lagerung teils durch Abgaben und Steuern, die mehr direkt die Konsumenten belasten — so die Margarineakzise, die zwischen 25 und 45 Oere pro Kilogramm sich bewegt und die Weizenabgabe —, teils durch Abgaben, die zunächst den Produzenten oder einzelnen Gruppen zum Vorteil anderer, notleidender, auferlegt wurden. Zu den letzteren Maßnahmen gehört die Milchabgabe, die Besteuerung von Oelkuchen und eine Einfuhrabgabe auf Futtermittel. Mit den letzteren Maßnahmen sollte zugleich die Ueberproduktion an animalischen Lebensmitteln gebremst werden, die Ausfuhr von Milchprodukten, Fleischwaren und Vieh, die früher eine besonders hohe Quote des schwedischen Exports von landwirtschaftlichen Produkten ausgemacht hat, ist besonders katastrophal zurückgegangen. Die Margarineabgabe sollte zugleich den Absatz von Butter im Lande selbst steigern; ein gewisser Nachteil dieser Maßnahme besteht darin, daß sie gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten trifft, wie u. a. Professor Myrdal festgestellt hat. Aber man versucht, dieser Schwierigkeit in Schweden dadurch zu begegnen, daß das ganze System der sozialpolitischen Reform, das sich in voller Entwicklung befindet, darauf ausgerichtet ist, das Lebensniveau der gesamten Bevölkerung und besonders der bisher am schlechtesten gestellten, systematisch zu erhöhen. Und die Maßnahmen für die Landwirtschaft werden nicht nur als Teil der Wirtschaftspolitik des Staates, sondern als eine wichtige Seite seiner Sozialpolitik betrachtet.

Subventionspolitik für die Landwirtschaft ist nichts Neues und in vielen Ländern wurde sie jahrzehntelang aus politischen Gründen durchgeführt und die Kosten dafür den Konsumenten, d. h. in erster Linie den Arbeitern auferlegt. Die schwedischen Bauern mußten allerdings erkennen, daß dieses ganze System sich nur unter Sicherung des inneren Marktes, d. h. bei Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Arbeiterschaft durchführen lasse. Sie stimmten daher der Antikrisenpolitik der sozial-

demokratischen Partei zu und ermöglichten durch ihre parlamentarische Unterstützung ihre Durchführung. Und sie gingen nach den Wahlen des Jahres 1936, die wieder ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen- und Mandatszahlen gebracht haben, eine direkte Regierungskoalition mit der Arbeiterpartei ein, und zwar unter Zugrundelegung des Wahlprogramms der Sozialdemokratie für die Tätigkeit der Koalition.

Das Programm der Regierungskoalition zwischen Arbeitern und Bauern ist nach einem am 26. September 1936 ausgegebenen Communiqué im wesentlichen folgendes: »In den letzten Tagen wurden zwischen Delegierten der sozialdemokratischen Partei und des Bauernbundes Unterhandlungen geführt, um die Möglichkeiten für ein Zusammenwirken zu ermitteln. Dabei ist konstatiert worden, daß eine solche Uebereinstimmung vorliegt, daß von den beiden Parteien die Verantwortung für eine Politik übernommen werden kann in Uebereinstimmung mit den Anweisungen der kürzlich vollzogenen Wahlen. Unter den Verhandlungen wurden besonders berührt die Fragen der Volkspensionen (Alterspensionen) an teuren Orten, die Steuerfragen, die Fragen um Mütterhilfe und Unterstützung an Vaterlose, Wohnungsfragen, die Landwirtschaftspolitik und im Zusammenhang damit die Fragen um die Arbeitszeit der Landarbeiter und die Arbeitsverhältnisse der Waldarbeiter, die Fragen der Lohnregulierung für Staatsangestellte und Lehrer, die Arbeitslosenpolitik und die Verteidigungsfrage.«

Das heißt, über das gesamte Reformprogramm der Sozialdemokratie wurde mit den Bauernvertretern eine Verständigung erzielt und diese Verständigung hat sich auch in der praktischen Zusammenarbeit sowohl in der Regierung wie im Reichstag in den letzten Jahren bewährt. Sehr zum Kummer der beiden bürgerlichen Parteien, der Konservativen und der Liberalen Volkspartei, die sich dieser Koalitionspolitik gegenüber in einer hoffnungslosen Minderheit befinden und die jetzt im Herbst 1938 bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zur Ergänzung der Ersten Kammer mehr aus parteiagitorischen Gründen als aus wirklicher Besorgnis sich bemühen, die heiligsten Gefühle des kapitalistischen Privateigentums und der Steuerzahler gegen die soziale Reformpolitik der Koalition zu mobilisieren.

Die Antikrisenpolitik und die soziale Reformpolitik, die unter sozialdemokratischer Führung seit dem Jahre 1932 in Schweden geführt wird, bestimmt das Gesicht des neuen Schwedens. Die Jahre zwischen 1920 und 1932 waren deshalb nicht besonders fruchtbar, weil in dieser Zeit das Land fast immer von Regierungen betreut wurde, die im Parlament über keine starke Mehrheit verfügten, ja häufig genug überhaupt keine Mehrheit hinter sich hatten. Es war von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der schwedischen Demokratie, daß die Verständigung und Zusammenarbeit der beiden stärksten Gesellschaftsklassen unter dem Druck der Krise zustande kam. Bei den Bauern zeigte sich in Anlehnung an die Entwicklung in Deutschland bereits eine zunehmende faschistische Tendenz und erst der entschlossene Einsatz der Sozialdemokratie in der Krisenpolitik brachte diese zum Verschwinden.



Wir haben hier im Anschluß an die Skizzierung der Maßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft die politischen Ergebnisse der Antikrisenpolitik vorweggenommen. In einem folgenden Artikel werden wir diese Antikrisenpolitik selbst in ihren verschiedenen Formen, als Geld- und Währungspolitik, als Anleihe-, Budget- und Steuerpolitik und vor allem als mächtigen Einsatz auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung schildern. Sie ist der Ausgangspunkt zu dem großartigen sozialen Reformwerk der schwedischen Koalitionsregierung von Arbeiterpartei und Bauernverband und sie enthält die Keime zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf lange Sicht unter Führung des Staates.

---

## **Eine nicht zu verschiebende Aufgabe**

Von \*\*\*

Keine neue Gesellschaftsordnung kann sich durchsetzen, ohne daß dafür die wirtschaftlichen Möglichkeiten vorhanden sind, und ohne daß vorher wichtige Teile der Bevölkerung weltanschaulich für sie gewonnen wurden. Die englische und die französische Revolution lieferten den Beweis dafür. Sie waren entscheidende Akte in dem Entwicklungsprozeß, der an die Stelle des Feudalismus und Absolutismus im Verlauf von mehr als zwei Jahrhunderten die kapitalistische Gesellschaftsordnung setzte. Sie waren, wie Marx es schon in der »Neuen Rh. Ztg.« vom 15. Dezember 1848 so schlagend ausdrückte, keine englische und französische Revolution, sondern Revolutionen europäischen Stils, »der Sieg des bürgerlichen Eigentums über das feudale, der Nationalität über den Provinzialismus, der Konkurrenz über die Zunft, ... der Industrie über die heroische Faulheit, des bürgerlichen Rechts über die mittelalterlichen Privilegien«. In der englischen Revolution 1648 »war die Bourgeoisie mit dem modernen Adel gegen das Königtum, den Feudaladel und die herrschende Kirche verbunden. 1789 war die Bourgeoisie mit dem Volk verbunden gegen Königtum, Adel und herrschende Kirche«. Die Wirtschaftsentwicklung hatte bereits starke Ansätze der Bourgeoisie geschaffen, die sich an die Spitze der Bewegung setzten, um jene Eigentums- und Produktionsformen und jene konstitutionellen Verfassungen zu schaffen, die der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entsprechen. Es waren also Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsnotwendigkeiten, die der neuen Gesellschaftsordnung zum Siege verhalfen. Aber vorher und zugleich mußten ideologische Kräfte entstehen und machtvoll die Gehirne und Gemüter zum politischen Handeln entflammen, um die Wirtschafts- und Gesellschaftsumwälzung zu ermöglichen. Ohne die Aufklärer und Enzyklopädisten ist die Französische Revolution so wenig denkbar, wie die englische ohne die Presbyterianer und Independenten.

Als im Anfang dieses Jahrhunderts der Kapitalismus und die im Parlamentarismus gipfelnde Demokratie ihren Höhepunkt erreichten, hatten sich auch die sozialistischen Parteien in den Industriestaaten zu einem sozialen und geistigen Machtfaktor entwickelt, der zum